Zaudern der Quadriga

Schuldenkrise Wieder einmal müssen Griechenlands Banken gerettet werden – mit bis zu 25 Milliarden Euro. Doch die Geldgeber zögern. Das ist riskant.



Kunden vor einer Filiale der Piraeus Bank am 29. Juni: „Die Solvenz ist unverändert zweifelhaft“

Die Geldversorgung, das ist die gute Nachricht, hat sich in Griechenland etwas entspannt. Das liegt an der Ferienzeit. Die Tourismussaison in dem Krisenstaat läuft besser als befürchtet. Außerdem bringen viele Besucher reichlich Bargeld mit, da sie sich nicht darauf verlassen wollen, dass die Geldautomaten genug Euroscheine für drei Wochen Retsina und Souflaki ausspucken.

Zudem gelten unverändert strenge Kapitalverkehrskontrollen. Es kann also nur wenig Geld von den Banken abgehoben oder außer Landes geschafft werden.

Griechischen Banken, das ist die schlechte Nachricht, droht trotz des saisonalen Lichtblicks der Kollaps. Wenn sich die griechische Regierung mit der sogenannten Quadriga nicht in den nächsten Tagen auf ein Hilfsprogramm einigt, wird es eng.

Etwa 86 Milliarden Euro sollen im Zuge des Programms nach Griechenland fließen – gegen harte Spar-, Reform- und Privatisierungsauflagen. Doch die Quadriga, bestehend aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB), Internationalem Währungsfonds (IWF) und dem europäischen Rettungsfonds ESM, streitet noch über wichtige Punkte. Verzögert sich deshalb das Rettungspaket oder scheitert es gar, könnte das gravierende Folgen haben.

Die Rettung von Banken genießt keinen guten Ruf. Doch sie nehmen eine Schlüsselrolle bei der Sanierung der Wirtschaft ein. „Ohne ein funktionsfähiges Bankensystem kommt Griechenland nicht auf die Beine“, sagt Bundesbank-Vorstand Andreas Dombret. „Die Solvenz der Banken ist jedoch unverändert zweifelhaft.“

Seit am Montag die Athener Börse wiedereröffnet hat, sind die Aktien der vier Großbanken um mehr als 50 Prozent gefallen, ihr gesamter Marktwert liegt nur noch bei 5,4 Milliarden Euro. Und das, obwohl die Euroretter bereits 40 Milliarden Euro in die Rettung der Banken gesteckt hatten. Obwohl damals aus zehn Instituten vier vermeintlich stabilere geformt wurden. Obwohl die Chefin der Europäischen Bankenaufsicht, Danièle Nouy, noch Ende Januar erklärt hatte, Griechenlands Banken seien „ziemlich stark“.

Der Börsensturz ist einfach zu erklären: Die Aktionäre fürchten, dass sie im Zuge einer Bankenrettung enteignet werden. Am 12. Juli hatten die europäischen Staats- und Regierungschefs angekündigt, 10 bis 25 Milliarden Euro aus dem dritten Hilfspaket für Griechenland für die Banken bereitzuhalten, um deren Kapitallücken zu schließen. Es ist Geld aus dem Rettungsfonds ESM. Nach bestehendem Recht dürfen Banken nur gerettet werden, wenn im Gegenzug die Aktionäre und ein Teil der Gläubiger auf ihr Geld verzichten.

Bereits jetzt ist die Mehrheit der größten Institute in staatlichem Besitz. Doch bis es zur Rettung per Vollverstaatlichung kommt, könnten noch einige Monate vergehen. Die EZB möchte erst einen Stresstest durchführen, um zu sehen, wie viel Geld Eurobank, Alpha Bank, Piraeus Bank und National Bank of Greece fehlt. Zwar haben Inspektoren der EZB jetzt begonnen, die Kreditbücher der Banken zu inspizieren, richtig beginnen soll der Stresstest jedoch erst im Herbst.

Bundesbank-Vorstand Dombret dauert das zu lange. „Der Bilanz- und Gesundheitscheck sollte rasch durchgeführt werden, damit die Banken so schnell wie möglich rekapitalisiert werden können.“ Man müsse sich auch fragen, ob alle vier Großbanken dauerhaft überlebensfähig sind.

Mit jeder Woche, in der die Unsicherheit über die Zukunft der Banken und ihr mutmaßlicher Kapitalmangel andauern, verschärft sich die Lage. „Wir nehmen an, dass der Anteil der faulen Kredite in den Banken seit Jahresanfang von etwa 30 auf 50 Prozent gestiegen ist“, sagt Alberto Gallo, Ökonom bei der Royal Bank of Scotland.

Es ist ein Teufelskreis: Solange die Zahl der faulen Kredite steigt und frisches Kapital fehlt, können Banken kaum Kredite vergeben, schon in den ersten Monaten des Jahres haben sie deutlich weniger Geld verliehen. „Wenn aber die Banken keine Kredite vergeben, kann die Wirtschaft nicht wachsen, und die griechische Schuldenquote steigt weiter“, sagt Gallo. Ebenso wie die faulen Kredite der Banken.

Auch in der EZB gibt es deshalb Stimmen, die sich dafür starkmachen, einen Teil der 25 Milliarden Euro Bankenhilfe unmittelbar nach einer Einigung Athens mit der Quadriga auszuzahlen. Frankreichs Notenbankchef Christian Noyer forderte Ende Juli, Mitte August sollte eine erste Tranche an die Banken fließen.

Tatsächlich hieß es in der Gipfelerklärung von Mitte Juli, bei einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen müssten „zehn Milliarden Euro unmittelbar über ein Sonderkonto beim ESM bereitgestellt“ werden. Der ESM könnte über Schuldverschreibungen schnell Geld für die Banken auftreiben. Das Kapital würde auf einem speziellen Konto landen, das unter Kontrolle der Mitgliedsländer steht.

Doch nun gibt es bei der EZB, wie auch unter den Eurostaaten, Streit, ob die zehn Milliarden schon Ende August bereitstehen sollen. Manche Europartner sähen es lieber, wenn zunächst die EZB ihren Stresstest durchführt. Der Widerwille, finanziell in Vorleistung zu gehen, ist groß. Schließlich hatte die Troika erst im Februar im Streit mit der neuen Regierung 10,9 Milliarden Euro zurückverlangt, die den Griechen noch aus dem vorigen Hilfspaket für die Banken zur Verfügung standen.

Nun hoffen die Europartner, dass schon die Aussicht auf neue Hilfsmittel den Kapitalabfluss aus den griechischen Banken stoppt und die Geldversorgung der Wirtschaft wieder in Gang bringt.

Bankenrettung nach dem Prinzip Hoffnung ist jedoch ein heikles Geschäft. Geht das Kalkül der Quadriga nicht auf, könnte im Winter das böse Erwachen folgen und die Bankenrettung deutlich teurer werden als 25 Milliarden Euro.

Martin Hesse, Christoph Pauly
Mail: martin_hesse@spiegel.de, christoph_pauly@spiegel.de

FOTO: ATHENA PI / REX SHUTTERSTOCK / ACTION PRESS